

Die Lage des Gemüsemarkts.

Vorübergehende Besserung wahrscheinlich.

Der Leiter der Reichsgemüsestelle, Oberregierungsrat v. Tilly, gab heute vormittag den Vertretern der Presse ein Bild von den Verhältnissen auf dem Gemüsemarkt. Allzugünstig sieht es zurzeit auf dem Frischmarkt nicht aus. Die Rheinprovinz und Westfalen, die bis in die ersten Tage des Oktober sich dagegen wehrten, daß man ihnen Gemüse aus anderen Gebieten zuführe, verlangen jetzt sehr dringend danach; in Oberschlesien und Groß-Berlin ist schon seit langem die Nachfrage weit größer als das Angebot. Es ist wahrscheinlich, daß in einiger Zeit die Zufuhren von Gemüse sich bessern werden, wenn die Kartoffelernte vorüber ist und Beförderungsmittel in den Erzeugerorten frei werden. Aber allzuviel darf man davon nicht erhoffen. Ist doch die Gemüseernte in Deutschland — auf Zufuhren aus dem neutralen Auslande ist kaum zu rechnen — kaum befriedigend ausgefallen. So war die Ernte an Weißkohl im Westen zwar gut, im Süden aber schlecht (nach Bayern müssen 500 000 Zentner gesandt werden); in der Pfalz ist eine völlige Mißernte zu verzeichnen. Der Ertrag an Rot- und Wirsingkohl ist im ganzen mittelmäßig, an Möhren im allgemeinen gut (doch wird viel verfüttert), an Zwiebeln im allgemeinen schlecht.

Oberregierungsrat v. Tilly, der wiederholt betonte, daß die Anordnungen der Reichsstelle sich durchaus bewährt haben, wandte sich gegen die Klagen, daß die Lieferungsverträge nicht ausgeführt würden. Jeder, der einen Lieferungsvertrag abgeschlossen habe, müsse ihn erfüllen. Die Reichsstelle würde gegen jeden, der sich seiner Verpflichtung entziehe, mit aller Strenge einschreiten.

Einen beträchtlichen Teil des Gemüses beanspruchen Heer und Flotte; dann treiben — und mit Recht — viele Städte Vorratspolitik, die mitunter nur ein Drittel des ihnen gelieferten Gemüses auf den Frischmarkt lassen. Ein Drittel wandert in die Dörrfabriken, ein anderes Drittel wird für etwaige Notstände zurückgehalten, nur der Rest kommt auf den Frischmarkt. Die Reichsstelle billigt eine solche Politik durchaus. Oberregierungsrat v. Tilly führte dann noch aus, daß die Kommunalverbände in der Lage seien, sich selbst einzudecken. Von einer völlig zwangsweisen Erfassung des Gemüses habe die Reichsstelle abichtlich abgesehen; dann hätte sie es auch rationieren müssen, was aber in Anbetracht der verschiedenen Gemüsearten unmöglich sei.

Auf dem Gemüsemarkt herrsche darum volle Freiheit des Handels. Die Lieferungsverträge, von denen 75 000 abgeschlossen seien, hätten sich bewährt.

Auch die Maßnahmen der Reichsstelle auf dem Obstmarkt seien von Erfolg begleitet. Nicht weniger als 5 Millionen Zentner Obst sei an die Marmeladenfabriken (anstatt der in Aussicht gestellten 3 Millionen Zentner) geliefert worden, außerdem 4 Millionen Zentner für den Frischmarkt.